WIE VIELE UKRAINER WOLLEN IN DEUTSCHLAND BLEIBEN?
SEITEN 2/3

DIE WELT

EIN BLICK HINTER DIE KULISSEN VON TIKTOK
SEITEN 14/15

KUNDENSERVICE 0800/935 85 37

MITTWOCH, 5. NOVEMBER 2025

D 2,90 EURO | NR. 214

Neue Vorwürfe gegen das Palästinenser-Hilfswerk UNRWA

Israel will mit einem Bericht darlegen, wie die Verbindungen zur Terrororganisation Hamas in Gaza aussehen

Kürzlich hat eine Meinungsumfrage ergeben, dass eine Mehrheit der Palästinenser weiter die Hamas unterstützt. Demnach halten 53 Prozent der Befragten den Terrorangriff vom 7. Oktober auf Israel nach wie vor für richtig. In Gaza lehnen 55 Prozent der Bewohner ab, dass die Hamas ihre Waffen abgibt. So lautet das Ergebnis einer repräsentativen Erhebung in Gaza und dem Westjordanland des Palestinian Center for Policy and Survey Research.

PHILIP VOLKMANN-SCHLUCK

Das lässt mehrere Interpretationen zu. Entweder: Auch nach zwei Jahren Krieg und weitgehender Zerstörung des Gaza-Streifens durch Israels Armee bleiben viele der Befragten unverbesserliche Dschihadisten. Oder: Viele der Menschen äußern sich auch deshalb so, weil sie Angst vor Verfolgung durch die Islamisten haben. Der renommierte Hamas-Experte und Ex-Geheimdienstler Michael Milhstein sieht im Gaza-Streifen weiterhin eine „kleine, aber starke Minderheit", die sich mit der Hamas verbünde. Ein Faktor sei auch die „Gehirnwäsche", die die Hamas seit Jahrzehnten betreibe.

Beide Sichtweisen führen zu einem ähnlichen Schluss: Sofern die Islamisten im Gaza-Streifen weiter als Organisation bestehen, werden sie Macht und Einfluss ausüben. Ob durch aktive Unterstützung ihrer Ideologie oder weil Menschen sich nicht trauen, sich gegen sie zu stellen. Auch mehrere Wochen nach dem offiziellen Waffenstillstand ist nicht in Sicht, dass Hamas ihre Waffen abgeben wird – Bilder von Hinrichtungen palästinensischer Gegner der Hamas gingen um die Welt. Das wirft Fragen für die Nachkriegsordnung auf. Ein Streitpunkt auf diplomatischer Bühne ist jetzt die Frage, wer die humanitäre Hilfe für die zwei Millionen Bewohner übernimmt, die medizinische Versorgung und die Bildung der Kinder. Der Trump-Plan sieht vor, dass die „Vereinten Nationen und ihre Agenturen" die Verteilung „ohne Einmischung" der Kriegsparteien übernehmen sollen.

Aber dem Palästinenser-Hilfswerk der Vereinten Nationen (UNRWA) hat Israel alle Aktivitäten auf israelischem Staatsgebiet untersagt – mit dem Vorwurf, der mit 13.000 Beschäftigten größte Arbeitgeber des Gaza-Streifens sei von der Hamas „unterwandert". Nicht zuletzt halte sich die Terrororganisation, weil sie Hilfsgüter stehle. Die UN-Agentur kann seither keine Hilfslieferungen mehr nach Gaza bringen, weil Israels Behörden die Grenzübergänge kontrollieren. Sie betreibt aber medizinische Einrichtungen und unterrichtet seit dem Waffenstillstand vom Oktober wieder rund 300.000 Schüler, vor allem über Video.

Die UNRWA weist die Vorwürfe einer Unterwanderung stets als „Desinformationskampagne" zurück, es gehe um Einzelfälle, die untersucht würden und in denen, wenn notwendig, auch Konsequenzen gezogen werden. Diese Sichtweise teilt auch der Internationale Gerichtshof in Den Haag, die oberste rechtliche Instanz der Vereinten Nationen. Die Richter schrieben kürzlich in einem Gutachten, die UNRWA sei im Gaza-Streifen „unersetzbar" und Israel müsse seine Arbeit zulassen. Zudem lägen keinesfalls ausreichend Beweise für eine „Unterwanderung" vor.

Diesen Richterspruch hatte Israel zurückgewiesen und scharf kritisiert. Als Reaktion hat die proisraelische Lobbygruppe UN Watch nun eine umfangreiche Dokumentation vorgelegt, die WELT vorab einsehen konnte. Das interaktiv zu bedienende Netzwerk spiegele „ein Jahrzehnt" von Untersuchungen wider, heißt es. Es umfasst annähernd 500 Personen, die für Verbindungen zwischen der UNRWA und der Hamas, dem Islamischen Dschihad und anderen Organisationen stehen sollen, mit mehr als 889 dokumentierten Querverbindungen untereinander. Die Angaben können nicht unabhängig überprüft werden. Das Netzwerk zeigt UN-Lehrer im Gaza-Streifen, dem Libanon, Jordanien und dem Westjordanland, die zugleich hohe Ämter in islamistischen Organisationen innehaben. Dazu viele Mitarbeiter der UN-Agentur, die ihre Unterstützung für Terror, Mord und für die Auslöschung Israels geäußert und sich mit ranghohen Hamas-Figuren getroffen haben. Die Belege wirken bei einigen Personen äußerst umfangreich, sie muten teils an wie Akteneinträge der israelischen Geheimdienste. Die Dokumentation zeigt sogar Bilder von Getöteten, die mit einer Decke mit Emblemen der Terrororganisation zugedeckt wurden.

Viele der nun gesammelten und öffentlich aufbereiteten Vorwürfe sind bereits bekannt. So wie der von Fateh Scharif, der im Libanon die Gewerkaschat der UNRWA-Lehrer leitete und zugleich hoher Hamas-Funktionär war. Scharif wurde im vergangenen Jahr von Israels Militär gezielt getötet, die UN hatten zu diesem Zeitpunkt die Vorwürfe zugegeben und Scharif bereits suspendiert. Aber die Sammlung erhält auch Vorwürfe, die laut UN-Watch erstmals öffentlich dokumentieren werden. Darunter Mitarbeiter, die sogar Gründungsmitglieder der Hamas und anderer radikaler Organisationen gewesen sein sollen. Genannt und mit Belegen versehen werden hier insgesamt zehn Namen.

Ein Foto zeigt Hamas-Mitglied Suhail al-Hindi, der bis zum Jahr 2017 für die UNRWA als Lehrer tätig war, bei einem Spitzentreffen in Katar mit dem iranischen Außenminister im September. Dokumentiert ist auch, dass der langjährige und inzwischen getötete Hamas-Anführer Ismail Hanija die lokalen Lehrer-Gewerkschaften der UN-Agentur bei einem Treffen als „integralen" Bestandteil der Terrororganisation bezeichnete.

Auch zeigt die Datenbank Bilder von Treffen ranghoher UN-Amtsträger, darunter UNRWA-Generalsekretär Philippe Lazzarini, mit Vertretern der Hamas. Dabei handelt es sich allerdings nicht um geheime, sondern um öffentliche Treffen in der Vergangenheit. Die Vereinten Nationen bezeichnen die Hamas nicht als Terrororganisation und betonen stets, dass sie als „humanitärer und neutraler Helfer" eben mit den jeweiligen Gegebenheiten und Machthabern vor Ort arbeiten müssten.

Doch UN-Watch zweifelt, wie Israels Regierung auch, schon lange diesen neutralen Charakter an. „Nachrichtendienstliche Erkenntnisse zeigen, dass etwa zwölf Prozent des UNRWA-Personals im Gaza-Streifen Mitglieder der Hamas oder anderer als terroristisch eingestufter Organisationen sind", heißt es in dem Bericht. Diese Zahl ergebe sich aus dem Abgleich der Mitarbeiterlisten mit von der israelischen Armee beschlagnahmten Unterlagen der Hamas. „Die UNRWA behauptet, eine humanitäre Organisation zu sein, doch die Beweise zeigen, dass sie von Agenten der Hamas unterwandert ist", sagt UN-Watch Direktor Hillel Neuer. Das Problem besteht nicht aus Einzelfällen, „ein paar faulen Äpfeln", wie der Internationale Gerichtshof kürzlich geurteilt habe. „Es ist strukturell, weitverbreitet und absichtlich", so Neuer weiter.

Auf Anfrage von WELT verweist ein UNRWA-Sprecher auf das aktuelle Gutachten des Internationalen Gerichtshofs, der erst kürzlich die Vorwürfe geprüft und die „Behauptung einer Unterwanderung" und Zweifel an der Neutralität von UNRWA als „unbegründet" zurückgewiesen habe. Auf dessen Grundlage sei Israel als Besatzungsmacht verpflichtet, die Arbeit von UNRWA „zu unterstützen und zu erleichtern, statt zu behindern". Zudem verfolge das Hilfswerk auch mit Unterstützung der Bundesregierung eine „umfassende Reformagenda" zur Stärkung der Schutzmechanismen und gehe im Sinne der „Null-Toleranz-Politik" gegenüber Hassrede, Diskriminierung und Gewalt „allen begründeten Vorwürfen" nach.

TEAM DEUTSCHLAND (3)

Mit Anglerhut nach Italien

Womit die Sportler sich bei Olympia kleiden, ist jedes Mal ein großes Thema. Für die Winterspiele in Mailand/Cortina (Italien) 2026 wurde jetzt die offizielle „Team D"-Kollektion präsentiert: Das Design vereine nationale Identität mit moderner Gestaltung, heißt es in einer Mitteilung des Deutschen Olympischen Sportbundes. Die rund 70-teilige Kollektion sei in engem Austausch mit den Athleten entwickelt worden. Zur Eröffnungsfeier tragen die Sportler eine Art Poncho mit rot-gelb-grauem Muster auf schwarzem Hintergrund, dazu eine Art Anglerhut.

Bundesregierung bietet Afghanen Geld an

Fünfstellige Beträge und Sachleistungen, wenn sie das Aufnahmeprogramm verlassen

Seit Anfang des Jahres sorgt die Aufnahme von in Pakistan festsitzenden afghanischen Staatsbürgern durch die Bundesrepublik Deutschland für Diskussionen. Nun hat die Bundesregierung laut Informationen von WELT begonnen, den Menschen Geld und Sachleistungen anzubieten, wenn sie das Bundesaufnahmeprogramm (BAP) verlassen und auf eine Weiterreise nach Deutschland verzichten.

TIM RÖHN

Dabei handelt es sich um Personen, die zwar – teils seit zwei Jahren – eine Aufnahmezusage für Deutschland haben, denen die deutsche Botschaft in Islamabad aber kein Visa ausstellt oder ausgestellte Visa wieder storniert hatte. In Dutzenden Fällen ordneten Gerichte zuletzt sofortige Einreisegenehmigungen an. Auch am Dienstag sollten wieder Afghanen in Hannover ankommen. In den vergangenen Tagen wurden Antragsteller per Brief vom Bundesinnenministerium über zwei mögliche Unterstützungsformen informiert. Das Schreiben liegt WELT vor. Darin heißt es:

- 2500 Euro als einmalige Hilfe in Pakistan vor der Ausreise (betragsabhängig von der familiären Konstellation).
- 10.000 Euro als einmalige „Starthilfe" nach der Ausreise – zur Rückkehr nach Afghanistan oder in Ausnahmefällen nach Einzelfallprüfung zur Weiterreise in einen Drittstaat.

Zusätzlich werden Sachleistungen angeboten: organisatorische Unterstützung bei der Ausreise aus Pakistan, medizinische Begleitung bis zur Reisefähigkeit inklusive geburtshilflicher Maßnahmen sowie Transport. Für die Ankunft in Afghanistan werden für drei Monate Unterkunft, Verpflegung sowie medizinische und psychosoziale Versorgung in Aussicht gestellt. Sachleistungen bei Ausreise in Drittstaaten sind laut Schreiben nur „im besonderen Ausnahmefall" möglich. Wie WELT erfuhr, sind die konkreten angebotenen Summen von Fall zu Fall unterschiedlich.

Die Annahme der Leistungen ist lediglich für alle Personen eines Falls gemeinsam möglich. Mit der Inanspruchnahme des Angebots erklären die Betroffenen, dass sie aus dem Aufnahmeverfahren ausscheiden; eine spätere Wiederaufnahme ist ausgeschlossen. Um eine Entscheidung wird in dem WELT vorliegenden Schreiben innerhalb von zwei Wochen gebeten – konkret bis zum 17. November – mit Rückmeldung an die Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), die die Menschen in Pakistan betreut.

In dem Brief heißt es zudem, die „freiwilligen Aufnahmeprogramme für gefährdete Afghanen und Afghaninnen" würden beendet; die noch laufenden Verfahren müssten „bis Jahresende 2025 vollständig abgeschlossen" sein. Zugleich wird darauf hingewiesen, es sei „nicht garantiert, dass alle Verfahren rechtzeitig abgeschlossen werden können".

KOMMENTAR

Das Sterben der Weihnachtsmärkte

ANDREAS ROSENFELDER

Eines der absurdesten Dokumente zur inneren Sicherheit in der Bundesrepublik Deutschland ist ein sechsminütiger SWR-Fernsehbeitrag vom 14. Dezember 2024, der noch auf Youtube abrufbar ist. „Schichtbeginn für Kommissarin Spettel und Kommissar Spatz", so beginnt die Sprecherin zu spannungsvoller Musik: „Sie sind heute zum ersten Mal auf dem Ludwigshafener Weihnachtsmarkt – zur Messerkontrolle."

Dann folgt die Kamera den Beamten in Schutzwesten auf ihrem Gang zwischen Bretterbuden und Sicherheitspollern. „Hallo, hallo", sprechen sie Passanten an, „haben Sie ein Messer dabei?" Es folgt eine routinemäßige Kontrolle von Rucksäcken und Jackentaschen. Die Besucher, mit Bratwurst und Glühwein um Stehtische versammelt, lassen die Durchsuchung über sich ergehen – immer wieder ohne Ergebnis. Ganz zum Schluss werden die Ermittler dann doch noch fündig: In der Handtasche einer blonden Dame in Daunenjacke und Schal – sie selbst weist die Beamten schüchtern darauf hin – liegt ein Schweizer Taschenmesser. „Ja, doch, da ist tatsächlich eins", stellt die Kommissarin mitleidig fest. „Das ist das Problem", erläutert ihr Kollege gewunden, „dass auch sowas jetzt grundsätzlich halt dann eine Ordnungswidrigkeit wäre." Anschließend erläutert er, man werde das Messer mitnehmen, sicherstellen und an die „Verfolgungsbehörde" bei der Stadtverwaltung überstellen. „Welches Bußgeld sie bekommt", erklärt die Sprecherin streng, „entscheidet dann die Waffenbehörde."

Die kafkaeske Weltfremdheit dieses extrem deutschen Versuchs, ein Gefühl von Sicherheit zu erzeugen, offenbarte sich eine Woche später. Am 20. Dezember 2024 lenkte ein Mann aus Saudi-Arabien, der seit 2016 zahlreiche Aufenthaltstitel in Deutschland besaß und 105-mal aktenkundig wurde, einen BMW X3 in voller Fahrt auf den Magdeburger Weihnachtsmarkt. Sechs Menschen starben, es waren fünf Frauen und ein neunjähriges Mädchen. 323 Menschen wurden auf oft grausamste Weise verletzt und verstümmelt. „Es war der schlimmste Tag unseres Lebens", sagte Susanne Staab, die mit ihren Kindern, ihrer Schwester und ihrer Mutter auf dem Weihnachtsmarkt war und ihre 75 Jahre alte Mutter verlor, später zu WELT. „Die Bilder verschwinden nicht mehr aus meinem Kopf. Immer wieder sehe ich, wie die Scheinwerfer auf mich zukommen und gar keine Zeit bleibt, zur Seite zu springen."

Man muss sich diese beiden Perspektiven, zwischen denen ein Abgrund klafft, in Erinnerung rufen, wenn man ein Jahr später liest, dass die Weihnachtsmärkte in den nordrhein-westfälischen Städten Overath und Kerpen dieses Jahr nicht mehr stattfinden. Die Veranstalter können die Kosten für die vorgeschriebenen Sicherheitsmaßnahmen – Absperrungen und Sicherheitspersonal – nicht mehr tragen. Seit den Fahrzeug-Attentaten auf die Weihnachtsmärkte in Berlin 2016 und in Magdeburg 2024 und dem Messer-Attentat auf dem Solinger Stadtfest von 2024 fallen immer mehr Stadt- und Dorffeste aus. Jene, die trotzdem stattfinden, gleichen mit Betonpollern und Bewachung oft paramilitärischen Anlagen.

Der Streit darüber, ob die strapazierten Veranstalter oder die überlasteten Kommunen die Kosten für den wachsenden Aufwand tragen sollten, führt an der Frage vorbei, warum es in Deutschland neuerdings nötig ist, harmlose Feierlichkeiten in Hochsicherheitsanlagen zu verwandeln. Sie lässt sich nicht beantworten, ohne über die Identität der Täter und die katastrophale Migrationspolitik der letzten zehn Jahre zu reden. Das Sterben der Weihnachtsmärkte ist eine Spätfolge von 2015 – und eine über die technische Bande gespielte, gewissermaßen alternativlose Variante des dystopischen Szenarios, das der französische Schriftsteller Michel Houellebecq, ebenfalls 2015, in seinem Roman „Unterwerfung" zeichnete.

Immerhin soll es in Kerpen auf einer kleineren, leichter zu sichernden Fläche, sozusagen als Ersatz, einen neutralen „Genussmarkt" geben. Wer von seichter „Stille Nacht"-Beschallung genervt ist, darf also aufatmen. Nur davon, ein Schweizer Taschenmesser mitzuführen, ist dringend abzuraten.

ZIPPERT ZAPPT

Immer mehr Weißstörche verbringen den Winter in Deutschland anstatt im Süden. Der Nabu will wissen, wie viele das sind und veranstaltet eine Zählaktion. Woran können Sie erkennen, ob sie einen Weißstorch vor sich haben? Das ist gar nicht so leicht. Wenn es an der Haustür klingelt, steht häufig ein Paketbote vor der Tür. Doch auch der Storch bringt bekanntlich etwas, nämlich Babys. Er könnte mit einem kleinwüchsigen Prime-Boten oder DHL-Paketzusteller verwechselt werden. Allerdings ist das Gefieder von DHL-Boten rotgelb gemustert, UPS-Mitarbeiter sind bräunlich gefärbt, während Prime-Zusteller durch bläuliche Farbtöne auffallen. Der Weißstorch trägt eine Art schwarzweißen Overall, seine Beine und der Schnabel sind rot und er liefert in der Regel ausschließlich Neugeborene bis vor die Haustür. Da die Nachfrage nach dieser leicht verderblichen Ware zurzeit nicht besonders hoch ist, sind viele Störche beschäftigungslos und gelten als Problem im Landschaftsbild. Angeblich will die Regierung einreiseberechtigten Vögeln sogar eine Prämie zahlen, wenn sie nicht nach Deutschland kommen.

DIE WELT, Axel-Springer-Straße 65, 10888 Berlin, Redaktion: Brieffach 2410 Täglich weltweit in über 130 Ländern verbreitet. Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen. **Telefon:** 030/2 59 10 **E-Mail:** kontakt@welt.de **Anzeigen:** 030/58 58 90 E-Mail: anzeigen@welt.de **Kundenservice DIE WELT**, Brieffach 2440, 10867 Berlin **Telefon:** 0800 / 9 35 85 37 (Mo–Sa: 7 bis 19 Uhr) **E-Mail:** kundenservice@welt.de

A 3,90 € • B 4,30 € • CH 5,00 CHF • DK 33,50 DKK • E/I.C. 4,50 € • GR 4,50 € • I 4,50 € • L 3,90 € • PL 19 PLN

TÜVNORD TÜV NORD CERT GmbH Klimaneutrales Produkt Zertifizierung gem. TN-Standard TN-CC 020 tuev-nord.de

Mehr Informationen unter welt.de/verantwortung

ISSN 0173-8437 186-39 ZKZ 7109

4 190710 902902 30045